

Baruther Anzeiger

Beitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mart). Fernsprecher Nr. 17. — Postkassentonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.



Anzeigenpreis: Die sechszeilige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreizehnzeilige Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mart).

Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 20

Dienstag, den 16. Februar

1926

Am 8. März Vollversammlung des Völkerbundes.

Das Ergebnis der entscheidenden Sitzung. Genf. Die außerordentliche Sitzung des Rates des Völkerbundes zur Entgegennahme des deutschen Aufnahmegesuches und Festlegung des Zusatzprotokolls der außerordentlichen Völkerbundversammlung zur Beschlußfassung darüber wickelte sich verhältnismäßig ruhig ab. Sie dauerte nur fast eine Stunde und fand völlig hinter verschlossenen Türen statt, so daß außer dem Kommuniké nur wenig über ihren Verlauf bekanntgeworden ist.

Das Kommuniké besagt, daß die Versammlung des Völkerbundes für den 8. März nachmittags nach Genf einberufen wird und der Völkerbundrat zu seiner 39. Sitzung ebenfalls für den 8. März vormittags.

Folgende vier Fragen liegen der Versammlung zur Beratung und Entscheidung vor:

1. Der deutsche Aufnahmeartrag.
 2. Eine Beschlußfassung über Anträge des Rates, entsprechend Artikel 4 des Völkerbundespaktes.
 3. Über Festlegung der deutschen Vertragsleistung und
 4. Über den Bau eines Versammlungsgebäudes.
- Den Grund für die Vertrauenslosigkeit der ganzen Sonderberatung des Rates bilden die in letzter Zeit aufgetauchten Ansprüche verschiedener Staaten ebenfalls auf einen ständigen Sitz im Völkerbund. Nicht nur Belgien und die Tschechoslowakei als Inhaber von nicht ständigen Sitzen erheben diesen Anspruch, sondern auch Brasilien, Uruguay, China und ganz besonders auch Polen.

Was Locarno für Frankreich bedeutet.

Paris. Am Freitag trat die Senatskommission zur Beratung über den Vertrag von Locarno zusammen.

Die von der Kommission vertretene Auffassung lautet dahin, daß der Locarnovertrag einen vorzüglichen juristischen Ersatz für das frühere Bündnisssystem bedeutet, daß er aber nur insoweit eine Garantie bietet, als er im Geiste guten Glaubens zur Anwendung kommt.

Der Vertrag von Locarno überhebt Frankreich nicht der Verpflichtung, alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit zu treffen.

Die Kammer beschloß einstimmig, Bränd in einer der nächsten Sitzungen zu hören. Sie tritt am nächsten Dienstag wieder zusammen. Der Vertrag von Locarno soll der Kammer unverzüglich nach Abschluß der Finanzdebatte unterbreitet werden.

Ein Ehrenhai für die Gefallenen des Weltkrieges?

Berlin. Im Palais des Reichspräsidenten fanden Beratungen über die Schaffung eines dauernden Denkmals für die im Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten statt.

Reichspräsident von Hindenburg empfing bei dieser Unterredung Vertreter des Rüstbüchsenbundes, des Stahlhelms, des Reichsbanners und des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten. Ueber das für die gefallenen deutschen Soldaten angebotene Ehrenmal gingen die Ansichten noch bis vor kurzem weit auseinander. Zur Klärung dieser Frage ist bereits vor längerer Zeit beim Reichsrat ein besonderer Ausschuß gebildet worden.

Innerhalb der vier Organisationen ist in mehreren gemeinschaftlichen Sitzungen der Beschluß gefaßt worden, daß man der Reichsregierung diesen Vorschlag als den Wunsch aller beteiligten Bünde unterbreiten wolle. Innerhalb der Organisationen wird wahrscheinlich eine großzügige Sammlung für die geplante Gedächtnisstätte eingeleitet werden. Bereits über hundert deutsche Städte haben den zuständigen Stellen bezüglich des notwendigen Grund und Bodens und finanzieller Zuschüsse Angebote gemacht.

Umwandlung der Militärkontrolle im Rheinland?

Paris. In Paris finden zurzeit mit den zuständigen Stellen über die Beendigung der Militärkontrolle, den angelegten militärischen Charakter der Schutzpolizei und über die Möglichkeit der Mannschaften der Schutzpolizei im befreiten Gebiet Verhandlungen statt.

Man vermutet in parlamentarischen Kreisen, daß diese Verhandlungen auf Grund der Bestimmungen des Investitionsprotokolls geführt werden, das die Möglichkeit gibt, an Stelle der ständigen Militärkontrolle der Exzente eine

Militärkontrolle des Völkerbundes im Rheinland einzulegen. Die amtlichen Stellen werden in nächster Zeit Auskunft darüber geben, auf welcher vertragsrechtlich Grundlage in Paris über die deutsche Schutzpolizei im befreiten Gebiet verhandelt wird und wie die Verhandlungen über die Beendigung der Militärkontrolle stehen. Diese Frage steht auch im engsten Zusammenhang mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der die Erfüllung der deutschen Vertragsverpflichtungen zur Voraussetzung hat.

Abschluß des deutsch-französischen Wirtschaftsprovisoriums.

Paris. Die deutsche und die französische Wirtschaftsdelegation haben in ihrer Vollziehung im Handelsministerium ein provisorisches Teilsabkommen unterzeichnet.

Das Abkommen besteht darin, daß für gewisse französische landwirtschaftliche Saisonerzeugnisse bei der Einfuhr nach Deutschland die Meißbegünstigung gewährt wird. Deutschland erhält den Minimaltarif oder Wöschläge auf den Unterschied zwischen den beiden französischen Tarifen zugunsten für gewisse chemische Produkte, für Gruppen von landwirtschaftlichen Maschinen, geschnittenes Holz, Hauswirtschaftsgegenstände und Möbel, und zwar andere als aus gebogenem Holz. Diese Zugeständnisse sind für gewisse deutsche und französische Waren an Kontingente gebunden. Außerdem sind nach amtlicher deutscher Mitteilung Sicherheiten vorgezogen für die Verbrauchssteuern und die inneren Abgaben, die Zollnebenabgaben und für die Behandlung der Handlungsreisenden und Muster.

Dieses Provisorium ist mit einer Geltungsdauer von drei Monaten abgeschlossen, wobei die beiden vertragsschließenden Teile die Hoffnung haben, daß sie beim Ablauf dieser Frist die Verhandlungen über den endgültigen Vertrag zu Ende geführt haben werden. Von französischer Seite wird erklärt, daß das Kontingent für die Ausfuhr von französischem Frühlingsgetreide nach Deutschland 27 000 Doppelzentner, für Hopfen 15 000 Doppelzentner beträgt.

Der Etat des Reichsverkehrsministeriums.

Deutscher Reichstag.

160. Sitzung vom Sonnabend, dem 13. Februar.

In Gegenwart des Reichsverkehrsministers Dr. Krause wurde die heutige Reichstagsitzung eröffnet. Das vorläufige Handelsabkommen mit der Türkei wurde in erster und zweiter Lesung angenommen. Gegen die dritte Lesung erheben die Kommunisten Einspruch, so daß sie erst Montag stattfinden kann. Es folgt dann

die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans für 1926.

Sie beginnt mit dem Haushalt des Reichsverkehrsministeriums. Verbunden mit der Ausprache werden zahlreiche Entschlüsse und Anträge. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Quack berichtet über die Ausführvorhandlungen.

Einstimmig meint der Berichterstatter, der Reichsverkehrsminister sei ein armer Mann. Die Einnahmen aus den Eisenbahnen seien ihm entzogen, und was er aus den Wasserstraßen für das Reich herausbekommen werde, wisse man noch nicht. Das Reichsbahnrecht sei eine Institution ohne Macht und Einfluß. Erseufertweise ständen alle Parteien des Hauses in der Frage der Reichsbahn ausnahmslos hinter der Regierung. Die Reichsbahn sei und bleibe Eigentum des Reiches.

Die Reichsbahngesellschaft sei nur die „Verwalterin fremden Eigentums“. Der Verkehrsminister sei so machtlos, daß er einen Appell an die Öffentlichkeit habe richten müssen. Die Herren und Beamtinnen der Reichsbahngesellschaft müßten sich klarmachen, daß sie deutsche Beamte seien und deutsche Interessen wahrzunehmen hätten. Die Reichsbahn habe im letzten Rechnungsjahr einen

Rohüberfluß von einer Milliarde

gehabt. Die Belastung der deutschen Wirtschaft durch Transportabgaben an die Eisenbahn sei von drei Milliarden vor dem Krieg auf 5 1/2 Milliarden gestiegen. Aber auch die Wasserstraßenfracht sei um 50 bis 60 Prozent gestiegen. Die Tarifpolitik der Reichsbahn liege weder im Interesse der deutschen Wirtschaft, noch im Interesse der Gesellschaft selber. Einstimmig habe ihn, so erklärte der Redner, der Ausschuß beauftragt, dem Verkehrsminister zuzurufen: Vandalen, werde hart!

Der Sozialdemokrat Schumann-Frankfurt nennt die Politik der Reichsbahn eine ununterbrochene Kette von nicht gehaltenen Versprechungen, von Verletzungen von Rechtsgrundsätzen gegenüber dem Personal und von Auslegungen der Gesetzesbestimmungen zugunsten des Reiches.

Abg. Engberding (D. Sp.) weist darauf hin, daß schon immer ein gespanntes Verhältnis zwischen der Reichsbahn und den konkurrierenden Binnenverkehrsgesellschaften bestanden habe. Die Reichsbahn werde den Bedürfnissen der Wirtschaft in keiner Weise gerecht. Abg. Dr. Wienke (Dn.) bemängelt die ungewöhnlich hohen Entnahmen der höheren Beamten bei der Reichsbahn. Ein Eisenbahndirektionspräsident erhalte mehr als ein Minister.

Abg. Wiesberts (Str.) fordert den Verkehrsminister dringend auf, den unhaltbaren Zuständen bei der Reichsbahn endlich ein Ende zu machen.

Erforderlich sei eine staatliche Kontrolle darüber, ob die Reichsbahn wirtschaftlich arbeite, und ob die Substanz der Reichsbahn sich erhalten bleibt. Denn die Reichsbahn sei trotz des veränderten Verwaltungssystems immer noch Eigentum des Reiches.

Abg. Dr. Sanemann (Natl.) wünscht Ausbau des Kanalnetzes und besserer Dampferverbindung zwischen Swinemünde und Pillau. Abg. Kemeter (Natl.) fordert Aufhebung der

bestehenden Differenzierung in den Frachten zwischen Fabrikartikeln und sonstigen Kartoffeln. Abg. Dr. Schreiber (Str.) erhebt die Reichsregierung, auf eine beschleunigte Vollendung des Bahnbauwesens Münster-Dortmund nachdrücklich hinzuwirken.

Reichsverkehrsminister Dr. Krause hält es für erforderlich, die scharfen Differenzen zwischen Reichstag und Reichsbahn durch eine Vermittlungsaktion zu beseitigen. Er, der Minister, sei zur Einleitung einer solchen Vermittlung gern bereit. Die finanzielle Lage der Reichsbahn sei allerdings sehr schlecht, so daß sie zu einer allgemeinen Tarifsenkung kaum in der Lage sein werde. Aber wir werden darüber wachen, daß keine Erhöhung der Güter- und Personentarife eintritt.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) empfiehlt den demokratischen Antrag, wonach zum Staatssekretär des Verkehrsministeriums ein Sozialist ernannt werden soll.

Der Abg. Bauer von der Bayerischen Volkspartei wünscht Reorganisation der oberen Donau zur Befestigung der Hochwasser- und die Elektrifizierung einer Reihe bayerischer Bahnen. Zum Schluß betont der Volkspartei Seibert, das Reichsbahnrecht müsse geändert und die Reichsverhältnisse der Bahnen denen der Reichsbeamten angepaßt werden. Darauf werden die Beratungen am Montag 1 Uhr vertagt.

Für die Deutschhaltung der Reichsbahn.

Berlin. Im Reichstage ist folgende Entschließung Graf Westarp (Natl.), Dr. Fried (DfP), Dr. Gildemeister (D. Sp.) und Dewitz-Berlin (Wirtsch. Bg.) eingegangen:

Die Reichsregierung wird ersucht, 1. umgehend in eine Nachprüfung der Tarifpolitik der Reichsbahn einzutreten und sofort dafür Sorge zu tragen, daß die Bevorzugung der ausländischen Waren in Einfuhr und Durchfuhr beseitigt wird und die deutsche Ausfuhr die erforderliche Stützung erfährt;

2. dem Reichstag umgehend eine Denkschrift des Rechnungshofes vorzulegen über die Erfordernisse einer ausreichenden Bilanzprüfung bei der Reichsbahn, damit eine Gewähr dafür geschaffen wird, daß die Substanz der Reichsbahn erhalten bleibt;

3. sofort in Verhandlungen mit der Reichsbahn mit dem Ziel einzutreten, daß künftig werbende Anlagen auf Anleihen genommen werden können;

4. das Recht des Deutschen Reiches auf die Vorzugsaktien zu sichern und

5. dafür Sorge zu tragen, daß das Bestätigungsrecht des Reichspräsidenten bezüglich der Gesellschaftsdirektoren nicht umgangen oder unterhöht wird.

Kulturelle Gleichstellung der dänischen Minderheit in der Nordmark.

Berlin. Das preussische Staatsministerium hat durch besonderen Erlaß der dänischen Minderheit in den Grenzkreisen der Provinz Schleswig-Holstein weitgehende Rechte auf dem Gebiet des Schulwesens gewährt.

Bisher bestand nur in Flensburg eine öffentliche Volksschule mit dänischer Unterrichtsprache, ferner eine von der dänischen Minderheit unterhaltene Privatvolksschule. Nunmehr soll das Bedürfnis für die Errichtung einer öffentlichen Volksschule in den Schulverbänden der Grenzkreise Flensburg-Stadt, Flensburg-Land und Südböden allgemein anerkannt werden, wenn die Erziehungsberechtigten von wenigstens 24 schulpflichtigen Kindern einen dahingehenden Antrag stellen. Das Bedürfnis für die Errichtung privater Volksschulen für die dänische Minderheit soll bereits dann anerkannt werden, wenn ein entsprechender Antrag für zehn schulpflichtige Kinder gestellt wird. Für diese privaten Volksschulen werden staatliche Zuschüsse gewährt.

In den Minderheitsschulen soll der gesamte Unterricht in dänischer Sprache erteilt werden; Deutsch ist Unterrichtsfach. Im Lehrplan kann die Pflege dänischer Volkstums vorgesehen werden. In den Privatschulen können Lehrer angestellt werden, die ihre Unterrichtsbefähigung in Dänemark erworben haben, während vor Anstellung der Lehrer an den öffentlichen Volksschulen der Elternbeitrag zu hören ist. Endlich steht es der Minderheit frei, Privatschulen einzurichten, die über das Ziel der Volksschule hinausführen. Auch diesen Schulen können staatliche Zuschüsse wie den entsprechenden deutschen Privatschulen gewährt werden.

Die immer noch geknebelte deutsche Luftfahrt.

Berlin. In der Presse sind in der letzten Zeit optimistische Darstellungen über den Verlauf der Luftfahrtverhandlungen in Paris gemacht worden. Hierzu wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die bedürftigsten Vereinbarungen in den Luftfahrtverhandlungen bisher noch nicht in Kraft treten konnten, da eine Freigabe der deutschen Luftfahrt durch die Luftfahrtkonferenz bis jetzt immer noch nicht erfolgt ist.